

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 113. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. Januar 2009, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Johannes Callsen (CDU)

i. V. von Frank Sauter

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

i. V. von Holger Astrup

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Finanzielle Auswirkungen des Unterhaltsvorschussgesetzes	4
Umdrucke 16/3341 und 16/3546	
hier: Gespräch mit	
- Herrn Erps, Geschäftsführer des Landkreistages	
- Herrn von Allwörden, Geschäftsführer des Städteverbandes	
- Herrn Dr. Körner, Staatssekretär im Sozialministerium	
2. Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Stand der Einführung des neuen Managementsystems ORBIS im Universitätsklinikum Schles- wig-Holstein	7
(Fortsetzung der Beratung vom 27. November 2008)	
Vorlage des Wissenschaftsministeriums	
Umdruck 16/3875	
3. Sachstandsbericht des Wirtschaftsministeriums zur Förderung eines Science Centers in Kiel	8
4. Information/Kenntnisnahme	9
Umdrucke 16/3768 und 16/3837 - Softwarelizenzen	
Umdruck 16/3786 - Zuwendungsverfahren Sozialministerium	
Umdruck 16/3787 - Küstenschutz	
Umdruck 16/3788 - Aufnahme von Asylbewerbern	
Umdruck 16/3838 - Kraftfahrzeugsteuer	

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Finanzielle Auswirkungen des Unterhaltsvorschussgesetzes

Umdrucke 16/3341 und 16/3546

hier: Gespräch mit

- Herrn Erps, Geschäftsführer des Landkreistages
- Herrn von Allwörden, Geschäftsführer des Städteverbandes
- Herrn Dr. Körner, Staatssekretär im Sozialministerium

Auf Fragen des Vorsitzenden führt Herr Erps, Geschäftsführer des Landkreistages, aus, das Thema Unterhaltsvorschuss bleibe insgesamt unbefriedigend, da Ansprüche des Gesetzgebers nicht durchgesetzt werden könnten. Nur deutlich weniger als 10 % der betroffenen Klientel seien überhaupt leistungsfähig. Eine Rückgriffsquote von über 25 % wie in den Landkreisen Dithmarschen, Nordfriesland und Ostholstein hänge sicherlich damit zusammen, dass es sich um ländlich strukturierte und stark vom Tourismus geprägte Regionen handele. Circa 70 bis 90 % der Unterhaltsberechtigten bezögen Leistungen nach SGB II, auf die die Leistungen des UVG angerechnet würden. Bei der Umsetzung des UVG gehe es vorrangig darum, dafür zu sorgen, dass die alleinerziehenden Mütter möglichst schnell Unterhalt bekämen. Die Verarmung habe in den letzten Jahren zugenommen. Die Rückgriffsquote im Kreis Herzogtum Lauenburg habe sich durch Aufstockung des Personals im Jahr 2008 wieder auf 18,8 % erhöht.

Auch Herr von Allwörden, Geschäftsführer des Städteverbandes, macht darauf aufmerksam, dass der überwiegende Teil der Unterhaltspflichtigen nicht leistungsfähig sei. So habe eine stichprobenartige Untersuchung in Kiel ergeben, dass über 70 % der Betroffenen leistungsunfähig seien, 11 % beschränkt leistungsfähig, bei 7 % der Aufenthaltsort nicht ermittelt werden könne oder es andere nebulöse Geschichten gebe. Dass sich die Rückgriffsquote nicht verbessere, liege nicht am Personaleinsatz der kreisfreien Städte, der sich von 2004 bis 2008 nicht reduziert habe. Den in den Umdrucken gemachten Ausführungen des Sozialministeriums könne sich der Städteverband uneingeschränkt anschließen. Man hoffe, dass eine Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes im Rahmen der Föderalismusreform zum Erfolg führen werde, denn die Leistungsberechtigten seien zu 90 % SGB II-Empfänger.

St Dr. Körner führt die unterschiedliche Höhe der Rückgriffsquoten auf Unterschiede in der Sozialstruktur der Kreise und kreisfreien Städte zurück. Er spricht sich dafür aus, die Sozialstruktur - wie in Kiel geschehen - näher zu analysieren und dann darauf aufbauend bestimmte Anstrengungen der Verwaltung zu initiieren, um die Rückgriffsquote zu optimieren. Die Landesregierung setze sich nach wie vor für eine Änderung des UVG ein mit dem Ziel, Leistungen nach dem UVG im Nachrang zu Leistungen nach dem SGB II beziehungsweise SGB XII zu stellen. Inwieweit diese Forderung im Rahmen der Föderalismusreform Erfolg haben werde, könne man zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer abschätzen.

Abg. Herdejürgen macht auf den Unterschied zwischen „nicht leistungsfähig“ und „nicht leistungsbereit“ aufmerksam.

Herr Erps macht deutlich, die Arbeit der Kreise werde durch die Zunahme der Zahl der Leistungsberechtigten, den Vorrang, der alleinerziehenden Mutter schnellstmöglich zu helfen, und die Verpflichtung, die Altfälle nicht fallen zu lassen, belastet. Entsprechende Erhebungen zur Sozialstruktur lägen nicht vor, mit Ausnahme der Landeshauptstadt Kiel, in der die Zahl der Leistungsfähigen nur bei 6 % und der eingeschränkt Leistungsfähigen bei 11 % liege. Die Ursachen für die Leistungsunfähigkeit seien in erster Linie Bezug von Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII, ein Teil der Leistungspflichtigen befinde sich in Ausbildung, Rente oder zu 3 % in Haft.

Auf eine Frage von Abg. Koch nach Einführung eines Anreizsystems erwidert Herr von Allwörden, nach den Erfahrungen und Rückmeldungen aus den kreisfreien Städten brächten Anreizregelungen keinen großen Erfolg.

St Dr. Körner verweist auf entsprechende Regelungen im Doppelhaushalt 2004/2005 und spricht sich nochmals dafür aus, zunächst die Sozialstruktur zu ermitteln und dann aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse die Situation durch entsprechende Maßnahmen wie zum Beispiel die Etablierung eines Anreizsystems zu verbessern.

Auf eine Frage des Vorsitzenden entgegnet Herr Erps noch einmal, die Rückgriffsquote ließe sich durch eine Erhöhung des Personaleinsatzes nur begrenzt verbessern. Außerdem müsse man die Verhältnismäßigkeit zwischen Personalaufstockung und Möglichkeit des Zurückholens berücksichtigen. „Einem nackten Mann kann man schlecht in die Tasche greifen.“

Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden teilt St Dr. Körner mit, Schleswig-Holstein stehe hinsichtlich der Rückgriffsquote im Bundesvergleich vergleichsweise gut da.

Auf eine Bemerkung von Herrn Erps weist Herr Bestmann darauf hin, nach den Regelungen der Landeshaushaltsordnung dürften die Kommunen Ansprüche niederschlagen.

Der Finanzausschuss appelliert an die Landkreise und kreisfreien Städte, die Sozialstruktur der Unterhaltspflichtigen zu untersuchen und in ihren Bemühungen, die Rückgriffsquote zu verbessern, im Interesse der Landeskasse und aus Gründen der Gerechtigkeit nicht nachzulassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Stand der Einführung des neuen Managementsystems ORBIS im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

(Fortsetzung der Beratung vom 27. November 2008)

Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 16/3875

Frau Kähning, Kaufmännischer Vorstand des UK S-H, berichtet über den Stand der Einführung des neuen Managementsystems ORBIS im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Umdruck 16/3875. Bis auf drei Fälle seien alle Fälle abgerechnet und der Abrechnungsrückstand damit nahezu vollständig abgearbeitet. Über die einzelnen Punkte und insbesondere den Entwurf einer Zusatzvereinbarung werde man heute mit der Geschäftsführung der Firma Agfa ein Gespräch führen.

St de Jager sagt zu, den Finanzausschuss über das Ergebnis der Gespräche mit der Firma Agfa sowie über den Jahresabschluss 2008 des UK S-H zu unterrichten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Sachstandsbericht des Wirtschaftsministeriums zur Förderung eines
Science Centers in Kiel**

Der Vorsitzende erinnert das Wissenschaftsministerium an die Auflage des Finanzausschusses, die Entscheidung über die Förderung eines Science Centers erst nach Information und Befassung des Finanzausschusses zu treffen.

St de Jager teilt mit, das Wissenschaftsministerium habe das Konzept eines Maritimen Science Centers im November/Dezember 2008 einer gutachterlichen Überprüfung durch Stadtart aus Dortmund unterziehen lassen und werde seine Förderentscheidung auf der Basis dieses Gutachtens treffen.

Der Finanzausschuss nimmt sein Angebot an, sich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss das Gutachten von Stadtart vorstellen zu lassen.

Auf Fragen aus dem Ausschuss bestätigt der Staatssekretär, dass die Betrachtung der Wirtschaftlichkeit und insbesondere die Prognose der Besucherzahlen die zentrale Frage sei. In dem Gutachten werde auch die Konkurrenzsituation im norddeutschen Raum eine Rolle spielen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

Umdrucke 16/3768 und 16/3837 - Softwarelizenzen
Umdruck 16/3786 - Zuwendungsverfahren Sozialministerium
Umdruck 16/3787 - Küstenschutz
Umdruck 16/3788 - Aufnahme von Asylbewerbern
Umdruck 16/3838 - Kraftfahrzeugsteuer

Der Finanzausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis. Umdruck 16/3838 - Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer - nimmt der Finanzausschuss zustimmend zur Kenntnis.

Zum Thema **Verwaltung von Softwarelizenzen** (Umdrucke 16/3768 und 16/3837) erwartet der Finanzausschuss bis zum 30. Juni 2009 einen Bericht des Finanzministeriums zum Umsetzungsstand und insbesondere einen Zeit- und Maßnahmenplan.

Beim Thema **Zuwendungsverfahren im Geschäftsbereich des Sozialministeriums** unterstützt der Finanzausschuss einstimmig das Sozialministerium in seiner Auffassung, die Festbetragsfinanzierung der Fehlbetragsfinanzierung vorzuziehen (Umdruck 16/3786, S. 2/3).

Bei Umdruck 16/3787 - Erfolg und Fortschreibung des Generalplans „Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz in Schleswig-Holstein“ - lobt P Dr. Altmann, dass die Prüfungsmitteilungen des Rechnungshofs im **Umweltministerium** einen gewissen Wiederhall fänden. Die Prüfung des in Rede stehenden Verwendungsnachweises sei allerdings unbefriedigend, weil der Landesbetrieb die vorgelegten Unterlagen nur stichprobenweise geprüft habe.

Der Finanzausschuss erwartet, dass der Rückforderungsanspruch des Landes in Höhe von gut 11.000 € erfüllt wird.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer